



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 256-2021
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.376

Eingereicht am: 07.12.2021

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Stampfli (Bern, SP) (Sprecher/in)
de Meuron (Thun, Grüne)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Vermeidung von negativen Nebenwirkungen bei Staatsbeiträgen

Der Regierungsrat wird beauftragt, die kantonalen Staatsbeiträge auf negative Nebenwirkungen für den Umwelt- und Sozialbereich zu überprüfen und diese Beiträge gegebenenfalls anzupassen. Allfällige Nachteile für das Staatspersonal und Dritte müssen mit gleichwertigen Alternativen kompensiert werden. Die Überprüfung soll mit einem verhältnismässigem Aufwand erfolgen oder es ist in Form einer kurzen Berichterstattung aufzuzeigen, dass der Regierungsrat entsprechende Nebenwirkungen ausschliessen kann.

Begründung:

Staatsbeiträge umfassen Subventionen, Abgeltungen oder Anreize an Dritte oder auch an das eigene Staatspersonal. Bei Letzteren kann es sich um Nebenleistungen zum regulären Lohn, sogenannten Fringe Benefits, handeln. Solche Staatsbeiträge können ungewollte negative Nebenwirkungen mit sich bringen. Beispielsweise dürfen Kantonsangestellte ihr Fahrzeug günstiger betanken. Diese gut gemeinte Nebenleistung führt dazu, dass Kantonsangestellte weniger Anreiz haben, auf das Auto zu verzichten, und so die Umwelt stärker belasten. Der Kanton soll gerade bei Umwelt- und Sozialfragen eine Vorbildfunktion einnehmen. Er muss deshalb seine Staatsbeiträge auf allfällige negative Nebenwirkungen überprüfen und diese gegebenenfalls anpassen. Allerdings dürfen dabei die Kantonsangestellten oder auch Dritte keine Nachteile erleiden. So müssten entsprechende Fringe Benefits gleichwertig kompensiert werden. Im Fall des vergünstigten Tankens wäre es somit denkbar, dass die Kantonangestellten stattdessen entsprechende Vergünstigen für den öffentlichen Verkehr erhalten.

Verteiler

- Grosser Rat